



Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

die Namen der Preisträger des Aschaffener Mutig-Preises sind zwar nicht jedem geläufig. Ihre Namen füllen weder die Klatschspalten noch stellen sich diese Menschen ins Rampenlicht.

Doch die Jury hat seit 2004, als der Preis erstmals verliehen wurde, stets wahrhaft mutige Persönlichkeiten ausgewählt, die mit der Auszeichnung geehrt wurden. Es sind Menschen, die sich für andere einsetzen, häufig sogar mit persönlichem Risiko und der Bereitschaft, für sich selbst Nachteile in Kauf zu nehmen.

Und das gilt auch für dieses Jahr!

Ich freue mich ganz außerordentlich, dass Sie, lieber Herr von Renesse, in diesem Jahr den Mutig-Preis erhalten. Ihr selbstloses Engagement, ihr Mut, vor allem aber das Ergebnis, das Sie durch ihren persönlichen Einsatz erreicht haben, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden!

Und ich bin stolz darauf, dass ich es heute übernehmen darf, ein paar lobende Worte über Sie zu sagen! Dieser Aufgabe komme ich sehr gerne nach!

Meine verehrten Damen und Herren,

Sie alle wissen, was ein Nestbeschmutzer ist. Ich könnte Ihnen jetzt vorlesen, wie der Duden das Wort definiert. Viel schöner hat es jedoch der Schweizer Schriftsteller Max Frisch einst ausgedrückt. Er sagte:

„Die das Nest schmutzig machen, zeigen empört auf einen, der ihren Schmutz bemerkt und nennen ihn den Nestbeschmutzer.“

Auch auf Jan Robert von Renesse wurde empört gezeigt. Denn auch er hatte Schmutz entdeckt und das öffentlich gemacht. Das trug ihm ein Disziplinarverfahren wegen „Rufschädigung der Sozialgerichtsbarkeit“ ein.

Was hatten Sie, sehr geehrter Herr von Renesse, getan? Sie hatten ihren Finger in eine Wunde gelegt, die hieß: Nichts tun.

Sie hatten verdeutlicht, dass viele Ihrer Richter-Kollegen lieber wegschauten und nichts taten, als Opfern der NS-Zeit zu ihrem Recht zu verhelfen.

Das alles ist jetzt mehrere Jahre her. Doch auch mit diesem Abstand muss ich sagen: Der gesamte Vorgang ist für mich immer noch unfassbar.

Unfassbar finde ich das Gebaren unserer Gerichte und Versicherungsträger über Jahrzehnte hinweg gegenüber den früheren Ghetto-Arbeitern.

Und noch viel unfassbarer finde ich, wie später mit Ihnen, Herr von Renesse, umgesprungen wurde.

Mich macht das bis heute wütend. Und glauben Sie mir: Ich werde nicht sehr schnell wütend. Doch bevor ich mich jetzt mitreißen lasse von meinen Emotionen, will ich der Reihe nach noch einmal Revue passieren lassen, was eigentlich geschehen ist.

Denn wenn das, was Sie getan haben, Nestbeschmutzung ist, dann brauchen wir noch viel mehr Nestbeschmutzer!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Kapitel der Entschädigung der NS-Opfer hat insgesamt viel Licht und viel Schatten. Zwar hat sich die Bundesrepublik früh darum bemüht, die Wiedergutmachung auf den Weg zu bringen. Das ist etwa Konrad Adenauer hoch anzurechnen.

Dennoch war die Lage über viele Jahrzehnte unbefriedigend und oft deprimierend. Während ehemalige Wehrmachts- oder SS-Angehörige ihre Renten kassierten, gingen viele Opfer leer aus, weil sie die Nachweise nicht mehr erbringen konnten. Der Eiserne Vorhang sorgte zudem dafür, dass Entschädigungszahlungen für Opfer hinter dieser Grenze unmöglich waren, was sich erst ab 1990 änderte. Zu diesem Zeitpunkt lebten natürlich viele der Betroffenen nicht mehr.

Auch die ehemaligen Zwangsarbeiter der deutschen Unternehmen mussten sehr lange auf Entschädigung warten. Erst als millionenschwere Sammelklagen aus den USA drohten, kam Bewegung in die deutsche Wirtschaft, die schließlich gemeinsam mit der Bundesregierung über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ Zahlungen an die Opfer leistete.

Die Ghetto-Renten waren ein ebenso trauriges Kapitel. Hier ging es nicht um Entschädigung, sondern tatsächlich um Renten, für die sogar Beiträge abgeführt worden waren. Was diese Zahlungen jedoch mit Entschädigung gemein haben, ist die Anerkennung der Opfer als Opfer.

Den Betroffenen ging es selten in erster Linie um das Geld. Und der Schaden, den sie für ihr ganzes Leben davon getragen haben, lässt sich ohnehin nie wieder gut machen. Es ging ihnen vielmehr darum, dass ihr Leid anerkannt wurde. Dass sie gesehen wurden. Das hat viel mehr mit der menschlichen Würde zu tun, als mit Geld auf dem Konto.

Den Rentenversicherungsträgern und auch vielen Sozialrichtern war dies entweder nicht bewusst oder sie wollten das nicht sehen. Sie schickten den früheren Ghetto-Arbeitern Standard-Formulare auf Deutsch zu. Und wenn diese Menschen 60 Jahre nach dem Krieg nicht mehr in der Lage waren, alle Nachweise zu erbringen, wurde ihr Antrag auf Rente abgelehnt. Mehr als 90 Prozent der etwa 70.000 Anträge wurden abgelehnt!

Jan Robert von Renesse gab sich mit diesem standardisierten Verfahren nicht zufrieden. Als immer mehr frühere Ghetto-Arbeiter gegen die

abschlägigen Bescheide klagten, machte er etwas, was an Sozialgerichten durchaus üblich ist: Er hörte die Betroffenen an. Und er ließ Gutachten von Experten erstellen. Und weil viele der Betroffenen schon sehr betagt waren, reiste Jan Robert von Renesse selbst nach Israel, um mit ihnen zu sprechen.

Sein Handeln birgt einen entscheidenden Unterschied zum Handeln der Mehrheit der Richter: Die betrachteten lediglich Fälle. Herr von Renesse sah die Menschen.

Und er hörte ihnen zu. Er war bereit, ihre Geschichten anzuhören. Zum Beispiel von einem damals Neunjährigen in einem Ghetto in Transnistrien, dessen Eltern an Typhus gestorben waren, und der für etwas Essen als Lohn mit einer Schubkarre Leichen zum Friedhof brachte. Mit neun Jahren!

Schon wenn man so etwas erzählt bekommt, ist es nicht leicht zu verkraften. Jan Robert von Renesse setzte sich dem aus und überprüfte die Anträge. Er ist ein gewissenhafter Jurist. Es wäre ihm fremd gewesen, Urteile nach Gefühl zu fällen. Doch unter den von ihm geleiteten Verhandlungen erhöhte sich die Bewilligungsquote auf 60 Prozent.

Dafür erhielt er jedoch am Gericht keine Anerkennung. Im Gegenteil: Viele seiner Kollegen fühlten sich vermutlich insgeheim ertappt. Außerdem sahen sie natürlich Arbeit auf sich zukommen. So kam es dann auch: 2009 fällte das Bundessozialgericht eine Grundsatzentscheidung, wodurch die Beweisführung für die Betroffenen erleichtert wurde. Tausende Anträge mussten erneut überprüft werden.

Dann kam es jedoch zu einer Absprache zwischen der Rentenversicherung Rheinland und dem Landessozialgericht in Nordrhein-Westfalen: ein halbes Jahr lang sollten keine anhängigen Ghetto-Renten-Verfahren verhandelt werden.

Bei hochbetagten Opfern ist ein halbes Jahr sehr viel. Jan Robert von Renesse bearbeitete daher seine Fälle weiter. 2010 wurde er von diesem Sachgebiet abgezogen und in einen anderen Senat versetzt.

2012 wendet er sich mit einer Petition an den Bundestag und prangert darin die Zustände in der nordrhein-westfälischen Justiz an. Vor allem aber fordert er eine rückwirkende Zahlung der Ghetto-Renten.

Die Petition hat Erfolg. 2014 ändert der Bundestag das Gesetz. Die Überlebenden bekommen Nachzahlungen in fünfstelliger Höhe.

Das ist die schöne Seite der Geschichte.

Doch dann haben wir ja noch den Nestbeschmutzer-Aspekt. Denn als solcher wird Jan Robert von Renesse längst in der Justiz von Nordrhein-Westfalen empfunden. Es gilt, was Kurt Tucholsky einmal sagte:

„Im Übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“

Deshalb sollte Jan Robert von Renesse mundtot gemacht werden: Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty leitete ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Das Verfahren zog sich über vier Jahre hin. 2016 haben sich mehrere jüdische Organisationen, auch ich als



Präsident des Zentralrats, an die damalige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gewandt mit der Bitte, seine großen Verdienste bei der Beurteilung zu berücksichtigen.

Ich muss heute einräumen: Rückblickend bedauere ich es, dass wir uns nicht viel früher zu Wort gemeldet haben. Einen Punkt, den ich in meinem Schreiben erwähnt habe, möchte ich hier wiederholen, weil er mir wichtig ist:

Mit seinem Einsatz hat Herr von Renesse den Betroffenen auch zu einem gewissen Maße Vertrauen in das deutsche Rechtssystem zurückgegeben. Damit hat er unserem Land einen großen Dienst erwiesen.

Das Verfahren wurde schließlich eingestellt, nach einer formalen Einigung beider Seiten.

Herr von Renesse wurde also nicht verurteilt, doch seine juristische Karriere hatte einen nachhaltigen Knick bekommen. Und ich muss sagen: Das stößt mir sehr bitter auf.

Umso bewundernswerter finde ich es, dass Sie, sehr geehrter Herr von Renesse, zum einen nicht verbittert wirken und bis heute sagen, dass sie wieder so handeln würden. Und zum anderen engagieren Sie sich auch noch ehrenamtlich, etwa bei der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Ich habe den Eindruck, dass Sie in der Öffentlichkeit gar nicht viel darüber sprechen, zumindest liest man darüber wenig. Doch ich gehe ganz stark davon aus, dass Ihr Engagement und Ihre Haltung, ja, auch Ihr Mut sich stark aus Ihrem Glauben speisen. Sie sind ein aktiver evangelischer Christ, der sich auch Gedanken über Reformen in der eigenen Kirche macht.

Wer authentisch auf einem soliden religiösen Fundament steht – das kann ich auch aus eigener Erfahrung sagen – hat meistens auch einen guten moralischen Kompass und hält Gegenwind aus. Wir sind durch unsere Religionen eben mit Grundwerten ausgestattet, die seit Jahrtausenden Bestand haben. Das gibt die Zuversicht, die man braucht, um mutig zu sein.

Liebe Gäste,

eine feste Verortung in diesen Grundwerten, oder, um es säkular auszudrücken: in den Werten unseres Grundgesetzes scheint in Teilen unserer Gesellschaft zu schwinden. Diese Entwicklung halte ich für sehr bedenklich.

Ich hätte heute gerne einmal dieses Thema ausgespart. Nach dem Anschlag von Halle an Jom Kippur ist mir das jedoch unmöglich.

Der 9. Oktober 2019 war ein schrecklicher Tag. Es war ein Tag, der die Menschen in der Synagoge in Halle verängstigt und traumatisiert hat. Ein Tag, der die gesamte jüdische Gemeinschaft in Deutschland tief verunsichert hat.



Zwei Menschen wurden ermordet. Das ist schon schlimm genug. Aber ich sage immer noch, es war ein Wunder. Es hätte zum größten Massaker an Juden seit der Schoa kommen können. Und ausgerechnet in Deutschland!

Dieser Anschlag bedeutet für die jüdische Gemeinschaft, und ich möchte betonen: Nicht nur für die jüdische Gemeinschaft, sondern für unser ganzes Land eine tiefe Zäsur.

In weiten Teilen der Gesellschaft waren unsere Warnungen und Sorgen bezüglich des wachsenden Antisemitismus nicht wirklich ernst genommen worden. In der Politik blieb es häufig bei symbolischen Gesten.

Auch dem wachsenden Rechtsextremismus wurde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Denn natürlich bewegen sich wir Bildungsbürger, bewegt sich die politische Elite nicht in Foren im Internet, in denen Ideologien, Theorien und eine Gewaltverherrlichung verbreitet wird, die sich niemand von uns ausmalen möchte.

Doch es gibt in Deutschland genügend Experten, die sich das antun: Sie befassen sich mit diesen unerträglichen, niederträchtigen Texten und haben immer wieder gewarnt. Sie haben sich auch sofort skeptisch zu Wort gemeldet, als nach Halle von einem Einzeltäter die Rede war.

Weder für die Experten noch für die jüdische Gemeinschaft kam dieser Anschlag letztlich überraschend. Das Bedrohungsgefühl war längst da, und zwar seit Jahren.

Doch die Sorglosigkeit, vielleicht auch Gleichgültigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung und bei einigen Sicherheitsbehörden hat sich bitter gerächt. Mit ausreichendem Polizeischutz an der Synagoge in Halle hätte vermutlich zumindest der Mord im Döner-Imbiss verhindert werden können.

Jetzt sieht es danach aus, dass tatsächlich alle aufgewacht sind. Und ich hoffe, dass wir unser jüdisches Leben in Sicherheit fortsetzen können. Den Rechtsextremisten dürfen wir keinen Zentimeter Raum geben!

Warum bin ich eigentlich in meiner Rede nicht viel früher auf Halle eingegangen?

Ich sage Ihnen warum: Weil ich es ablehne, dass Antisemiten, Fanatiker unsere ganze Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Dass über sie mehr gesprochen wird als über die Opfer oder über Menschen, die das genaue Gegenteil sind und für Versöhnung eintreten, wie unser heutiger Preisträger.

Und für die jüdische Gemeinschaft kann ich sagen: Ebenso stark wie die Verunsicherung entwickelt sich gerade der Trotz. Denn wir haben in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland eine Gemeinschaft aufgebaut, die stark, selbstbewusst und stolz ist. Eine Gemeinschaft, die integraler Bestandteil dieser deutschen Demokratie ist. Dies ist auch unser Land. Und glauben Sie mir, es wäre keine starke jüdische Gemeinde, wenn ein einzelner Bewaffneter alles auf einmal zerstören könnte.

Lassen Sie mich Ihnen daher sagen: Wir gehen nirgendwo hin!



Wir stehen vielleicht vor Problemen, aber wir wissen auch, dass die große Mehrheit in diesem Land an unserer Seite steht. Das heißt nicht, dass wir naiv sind. Aber Probleme sind da, um gelöst zu werden.

Ich bin Arzt. Wenn ein Patient zu mir kommt, versuche ich ihm zu helfen. Ich sage ihm nicht, er solle mit seinem Leiden leben und nichts tun. Und ich hoffe, er wird die Medizin nehmen, die ich verschreibe. Natürlich kann ich nicht sicher sein, ob es funktioniert. Ich kann mir nur sicher sein, dass der Patient nicht geheilt wird, wenn er nichts tut.

Deutschland ist der Patient. Es leidet unter den gleichen Beschwerden, die wir auch in anderen europäischen Ländern beobachten können. Aber ich glaube, sie können kuriert werden, wenn wir das Richtige tun.

Halle kam nicht von ungefähr. Es gab Warnzeichen. Wir sind mit wachsendem Antisemitismus und Ressentiments gegen Juden und gegen Israel konfrontiert. Wir haben eine starke und aktive rechtsextreme Szene. Wir haben eine Partei, die AfD, die das politische Klima vergiftet hat.

Dies ist eine Bewegung, die im öffentlichen Diskurs eine gehässige, rachsüchtige Sprache verwendet. Es ist eine Partei, die öffentlich erklärt, auf der Seite der Juden zu sein, während sie zugleich Männer an ihrer Spitze akzeptiert, die den Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ verharmlosen und Vokabeln wie „Umvolkung“ oder „Mahnmal der Schande“ verwenden.

Daneben – und auch das muss erwähnt werden - gibt es auch den Antisemitismus unter Muslimen. Wenige Tage vor Jom Kippur hat ein vermutlich psychisch gestörter Mann mit arabischem Hintergrund die Polizisten vor der Neuen Synagoge in Berlin mit einem Messer bedroht. Er wurde übrigens schnellstmöglich wieder freigelassen. So viel zu den Beteuerungen, der Kampf gegen Antisemitismus stehe ganz oben auf der Prioritätenliste.

Auch der Mann, der 2018 als Gürtelschläger vom Prenzlauer Berg bekannt wurde, weil er einen Passanten mit Kippa angriff, hatte einen arabischen Hintergrund. Auch hier liegt ein Bedrohungspotenzial, das jetzt wegen des Anschlags in Halle nicht aus dem Bewusstsein rutschen darf.

Schon im Jahr 2000 – also inzwischen vor fast 20 Jahren – verübten zwei arabische junge Männer einen Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf.

Der damalige Präsident des Zentralrats, Paul Spiegel sel. A., ein Überlebender der Schoa, war tief erschüttert. Er stellte damals eine Frage, die aufrüttelte:

„Was muss noch geschehen, bis wir uns die Frage stellen, ob es richtig war, in dieses Land zurückzukehren?“

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder entschloss sich gemeinsam mit Paul Spiegel zum „Aufstand der Anständigen“. An der Demonstration in Berlin nahmen 250.000 Menschen teil. In seiner Rede sagte Paul Spiegel zwei Sätze, die 20 Jahre später nichts an Aktualität verloren haben:

„Wir dürfen bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nicht innehalten. Denn es geht nicht allein um uns



Juden, um Türken, um Schwarze, um Obdachlose, um Schwule. Es geht um dieses Land, es geht um die Zukunft jedes einzelnen Menschen in diesem Land.“

Der Appell von Paul Spiegel bleibt gültig:

Es geht nicht allein um Juden oder Muslime oder Flüchtlinge – es geht um unser Land. Es geht um die Frage, wie wir die Errungenschaften unserer westlichen Demokratie und Wertegemeinschaft schützen und im 21. Jahrhundert erhalten.

Nur ein Bruchteil der rechtsextremen und ausländerfeindlichen Taten wird aufgeklärt. Wir sind mit einer immer größeren Gewaltbereitschaft unter den Rechtsradikalen und ihrer besseren Vernetzung konfrontiert. Der Mord am hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigt, dass Rechtsextreme vor Nichts zurückschrecken.

Und heute stehen technische Möglichkeiten zur Verfügung, die es sehr leicht machen, Menschen aufzuhetzen oder sich sogar Waffen zu besorgen oder zu bauen, wie es beim Attentäter in Halle der Fall war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viele dieser Entwicklungen, die uns heute umtreiben und manchmal ratlos machen, konnte Paul Spiegel noch gar nicht erahnen. Aber er wusste: Wenn wir den Kampf gegen Hass und Gewalt nicht aufnehmen, haben wir schon verloren.

Zu diesem Kampf gehört auch der Einsatz für den Schutz von Minderheiten und für die Rechte von Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Dazu gehörten eben auch die ehemaligen Ghetto-Arbeiter. Sie waren nicht in der Lage, teure Star-Anwälte zu engagieren und die große PR-Trommel für sich zu rühren.

Sie waren angewiesen auf Menschen wie Jan Robert von Renesse. Menschen, die bereit sind, für Menschlichkeit zu kämpfen – auch wenn sie damit für sich selbst weder Geld noch Ruhm ernten. Ja, sogar dann, wenn dieser Kampf für sie selbst Nachteile mit sich bringt.

In der deutschen Geschichte gibt es für einen Richter wie Herrn von Renesse ein berühmtes Vorbild: das ist Fritz Bauer. Der frühere hessische Generalstaatsanwalt, der die Nazi-Zeit im Exil in Dänemark und Schweden überlebte, übernahm in den 1960er Jahren die entscheidende Initiative für die Auschwitz-Prozesse. Ihm ging es in erster Linie um die Bestrafung der Täter. Doch er sagte auch:

Ich zitiere:

„Die Prozesse können und müssen dem deutschen Volk die Augen öffnen für das, was geschehen ist, und ihm einprägen, wie man sich zu benehmen hat.“



Zitat-Ende

Fritz Bauer war in einer Zeit in Deutschland tätig, in der die Bevölkerung sich zu einem gemeinsamen Schweigen entschlossen hatte. Alle hatten so viel Dreck am Stecken, dass es viel leichter war, über den Schmutz im Nest des anderen hinwegzusehen, als ihn zu benennen – und dann Gefahr zu laufen, den Schmutz im eigenen Nest sichtbar machen zu müssen.

Das galt auch für die Mehrheit der damaligen Juristen. Einige von ihnen hatten ähnliche Funktionen oder Ämter in der Nazi-Zeit innegehabt. Viele waren Wehrmachts-Angehörige und damit mehr oder minder in die NS-Verbrechen verstrickt.

Fritz Bauer sah sich also einer Phalanx von Verschweigern und Vertuschern gegenüber. Doch er nahm diesen Kampf auf. Er hielt üble persönliche Anfeindungen aus. Und letztlich trug er nicht nur entscheidend dazu bei, dass wenigstens ein Teil der Verantwortlichen des Vernichtungslagers Auschwitz zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern vor allem trug Fritz Bauer dazu bei, dass sich die deutsche Gesellschaft endlich mit den eigenen Verbrechen auseinandersetzte.

Es war im Übrigen der Abstand einer ganzen Generation nötig, bis Fritz Bauer endlich in der Weise gewürdigt wurde, wie es ihm zusteht. Solche Kinofilme, wie sie vor ein paar Jahren entstanden, waren wohl erst möglich, als die meisten der damaligen Täter, der Gegner von Fritz Bauer und andere Funktionsträger nicht mehr lebten.

Umso unverständlicher ist in meinen Augen das Verhalten der Kollegen von Jan Robert von Renesse. Denn hier handelte es sich ja auch um die Generation der Nachgeborenen. Die persönliche Verstrickung in die NS-Verbrechen kann also nicht der Grund gewesen sein für die gleichgültige Haltung gegenüber den Opfern.

Nein, ich denke, dass es vielmehr ein mangelndes Geschichtsbewusstsein ist, das sich darin offenbart. Und wenn ich mir einige Urteile der Justiz in jüngster Zeit bei antisemitischen oder rechtsextremen Straftaten anschau, dann komme ich zu dem Schluss:

Es gibt Nachholbedarf bei unserer Justiz, Nachholbedarf bei unseren Juristen.

Die Bundesregierung hat vor zwei Jahren beschlossen, die Internationale Antisemitismus-Definition der Holocaust Remembrance Alliance zu befolgen und in der Ausbildung im öffentlichen Dienst anzuwenden. Darin heißt es,

ich zitiere:

„Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden“

Zitat-Ende

Diese, wie ich finde, eigentlich banale Erkenntnis, scheint in Justiz-Kreisen nicht sehr verbreitet zu sein. Wenn die Politik es jedoch in Deutschland ernst meint mit der Sicherheit jüdischen Lebens und der Bekämpfung von

Antisemitismus und Rechtsextremismus, dann muss sie dafür sorgen, dass die Ausbildung der Justiz auf diesem Gebiet verbessert wird.

Lieber Herr von Renesse, meine sehr geehrten Damen und Herren,

am Schluss meiner Rede möchte ich bekennen: Ich weiß nicht, ob ich den gleichen Mut und das Durchhaltevermögen wie Herr von Renesse gehabt hätte. Und ich hoffe, dass Sie nie wieder einer solchen Situation ausgesetzt sind, ganz allein gegen den Widerstand von Vorgesetzten und Kollegen für ihr Ziel kämpfen zu müssen.

Als persönliche Ermutigung für Sie, aber auch als Mahnung an uns alle möchte Ihnen ein Zitat von Martin Luther King mit auf den Weg geben. Diesen Satz hat mir vor einigen Jahren ein evangelischer Pastor weitergegeben, der sich gegen Rechtsextreme engagiert und der diesen Satz als sein Lebensmotto ausgewählt hat:

„Fürchte dich nie, nie, niemals davor, zu tun, was richtig ist, speziell dann, wenn das Wohl eines Menschen oder eine Tieres auf dem Spiel steht. Die Strafe der Gesellschaft ist nichts, verglichen mit den Wunden, die wir unserer Seele zufügen, wenn wir wegschauen.“

Ich wünsche Ihnen, lieber Herr von Renesse, und Ihrer Familie alles erdenklich Gute und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

